

Boss, Alfred

Article — Digitized Version

Der Arbeitsmarkt in den 80er Jahren

Allgemeines statistisches Archiv

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred (1983) : Der Arbeitsmarkt in den 80er Jahren, Allgemeines statistisches Archiv, ISSN 0002-6018, Physica-Verl., Heidelberg, Vol. 67, Iss. 2, pp. 125-152

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3158>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

A. Abhandlungen

Der Arbeitsmarkt in den 80er Jahren

Von ALFRED BOSS, Kiel

Zusammenfassung: In der wirtschaftspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland spielt die Arbeitslosigkeit eine zentrale Rolle, zumal vielfach für die nächsten Jahre ein weiterer kräftiger Anstieg vorausgesagt wird. Im vorliegenden Beitrag wird dargestellt, wie sich das Arbeitskräfteangebot und die Arbeitskräftenachfrage bis zum Jahre 1990 wohl entwickeln werden und ob mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen ist. Um die Determinanten des Angebots und der Nachfrage herauszuarbeiten, werden Hypothesen über den Einfluß bestimmter Faktoren überprüft. Das Arbeitskräfteangebot wird als abhängig von der demographischen Entwicklung und der Erwerbsneigung betrachtet. Auf die Erwerbsneigung wirken zahlreiche Faktoren ein, z. B. der bei Erwerbstätigkeit erzielbare Reallohn oder die arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Aktivitäten. Die Arbeitskräftenachfrage wird primär von der konjunkturellen Entwicklung, vom Faktorpreisverhältnis und von der Art des technischen Fortschritts bestimmt. Aus den (bewährten) Hypothesen werden zusammen mit bestimmten Anwendungsbedingungen Folgerungen für das Arbeitsangebot und die Arbeitsnachfrage abgeleitet.

Summary: Unemployment is the main topic in the economic policy discussion in the Federal Republic of Germany, partly because another increase of unemployment in the course of the 1980's is expected. The paper gives a forecast on labor supply and labor demand up to 1990. Labor supply is determined by demographic trends and by the participation rates of specific age groups. These participation rates are considered to depend on real wages as well as on government activities especially in the field of labor market policy. Labor demand mainly depends on relative factor prices, on the kind of technological progress and on the growth rates of real GNP. The relations between these variables and labor supply respectively labor demand are used to deduce results on employment as well as unemployment.

I. Methodische Vorbemerkungen

Will man das Arbeitskräfteangebot und die Arbeitskräftenachfrage bis zum Jahre 1990 prognostizieren, so erscheinen praktisch alle Variablen als endogen. Diese gegenseitige Abhängigkeit gilt es zu berücksichtigen. Da der Grad an gegenseitiger Abhängigkeit für die einzelnen Variablen aber wohl unterschiedlich groß ist, werden zunächst relativ stabil erscheinende Zusammenhänge benutzt, um Prognoseaussagen abzuleiten¹⁾. Demographische

¹⁾ Vgl. Heinz Grohmann, Statistik im Dienste von Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik – Einige methodologische Betrachtungen zu ihren Zielen und Möglichkeiten, Allgemeines Statistisches Archiv, 60. Bd., Heft 3/4, 1976, S. 320–356.

Gesetzmäßigkeiten (Hypothesen) bilden den Ausgangspunkt der Überlegungen, weil sich ein Ausblick auf die 80er Jahre im Bereich der Bevölkerungsentwicklung auf relativ solidem Boden bewegt. Rückwirkungen auf die jeweils untersuchten Variablen können insofern berücksichtigt werden, als nach Abschluß des Prognoseprozesses die zuvor festgelegten Zusammenhänge und damit Zwischenergebnisse modifiziert werden können. Dies ist erforderlich, wenn es zu „unplausiblen“ Relationen zwischen den Teilergebnissen kommt.

II. Das Arbeitskräfteangebot

A. Begriff

Unter dem Arbeitskräfteangebot (Erwerbspersonenpotential) soll jener Teil der Bevölkerung verstanden werden, „der in der Lage und, sofern dazu Gelegenheit besteht, auch bereit ist, eine Erwerbstätigkeit auszuüben“²⁾, oder – etwas konkretisiert – jene Personengruppen aus der Gesamtbevölkerung, die bei gegebenen ökonomischen und sozialen Bedingungen, u. a. bei gegebenen Lohnsätzen bzw. Chancen zum Erwerb von Arbeitseinkommen, arbeiten können und wollen. Übersetzt man dies in die üblichen ökonomischen Termini, so handelt es sich beim Erwerbspersonenpotential um jene Personen, die eine Erwerbstätigkeit tatsächlich ausüben, um (registrierte) Arbeitslose und um die sog. stille Reserve, also nicht registrierte Arbeitslose.

Statistisch-operational werden als Erwerbspersonenpotential die Erwerbspersonen betrachtet, die sich aufgrund der Hochrechnung der Mikrozensusergebnisse auf die Gesamtbevölkerung ergeben. Diese Art der Operationalisierung des Begriffs erscheint besser als die Verwendung der Ergebnisse sonstiger Statistiken für die Erwerbstätigen und der von der Bundesanstalt für Arbeit erhobenen Arbeitslosenzahlen, denn die „stille Reserve“ wird so einbezogen. Es sei erwähnt, daß der Begriff der Erwerbslosen gemäß Mikrozensus hinsichtlich der nicht über das Arbeitsamt Arbeitsuchenden umfassender ist als der Begriff der Arbeitslosen (Personen ohne Arbeitsverhältnis, die als Arbeitsuchende beim Arbeitsamt registriert sind); andererseits zählen Arbeitslose, die vorübergehend geringfügige Tätigkeiten ausüben, nach dem Erwerbskonzept im Rahmen des Mikrozensus nicht zu den Erwerbslosen, sondern zu den Erwerbstätigen³⁾.

²⁾ Heinz Grohmann, Rentenversicherung und Bevölkerungsprognosen, Schriftenreihe des Sonderforschungsbereichs 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“, Band 2, Frankfurt/Main, New York 1980, S. 112.

³⁾ Vgl. ohne Angabe des Verfassers, Erwerbstätigkeit, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 4, 1979, S. 255, Fußnote 5. Zu definitorischen Einzelheiten vgl. Hans-Ludwig Mayer, Hubertus Wollny, Amtliches statistisches Grundlagenmaterial für Erwerbspersonenprognosen, in: Wolfgang Klauder, Dieter Mertens, Hrsg., Probleme der Messung und Vorausschätzung des Erwerbspersonenpotentials, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg 1980, S. 162–171.

B. Bevölkerung und Bevölkerungsstruktur

Eine Prognose der künftigen Entwicklung des Arbeitskräfteangebots setzt demnach eine Bevölkerungsprognose voraus. Den folgenden Überlegungen wird die amtliche Prognose des Statistischen Bundesamtes für die deutsche Bevölkerung (einschl. Wanderungen) bis zum Jahre 1990 zugrundegelegt⁴). Eigene Bevölkerungsprognosen erscheinen entbehrlich, weil sich die amtliche Prognose für die deutsche Bevölkerung als recht zuverlässig erwiesen hat.

Im Sommer 1981 hat das Statistische Bundesamt Ergebnisse von Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2030 vorgelegt⁵). Die Unterschiede zu den Prognoseergebnissen von 1976 belaufen sich auf jeweils rd. 250 000 Personen für die deutsche Bevölkerung zum 1. 1. 1979, zum 1. 1. 1980 und zum 1. 1. 1981. Die Unterschätzung der Realität durch die Modellrechnung ist also geringer als in der Prognose, und zwar wegen des höheren Ausgangsniveaus (Wohnbevölkerung zum 1. 1. 1979). Dennoch wird diese „aktuellere“ Vorausschätzung nicht den folgenden Überlegungen zugrundegelegt. Wenn nämlich die Bevölkerungsfortschreibung tatsächlich zum Ausweis überhöhter Bestände führt, dann ist es besser, von dem weniger stark überhöhten Bevölkerungsbestand zum 1. 1. 1976 auszugehen und nicht von dem Bestand zum 1. 1. 1979. Zudem werden die Abweichungen für die einzelnen Jahre dieses Jahrzehnts immer kleiner; zum 1. 1. 1990 beträgt die Differenz rd. 100 000 Personen.

Gemäß der Prognose des Statistischen Bundesamtes wird die deutsche Wohnbevölkerung vom 1. 1. 1981 bis zum 1. 1. 1990 um rd. 1,9 Millionen Personen abnehmen, also um 210 000 Personen oder 0,38 vH je Jahr. Die Altersstruktur der Bevölkerung wird sich bis zum Jahre 1990 dramatisch verändern. Insbesondere wird sich von 1980 bis 1990 eine relative (und absolute) Abnahme bei den unter 20 Jahre alten Personen, eine Zunahme bei den 20 bis unter 65 Jahre alten Personen und eine Abnahme bei den über 65 Jahre alten Personen ergeben.

Die nach Altersgruppen gegliederte weibliche deutsche Wohnbevölkerung zum 1. 1. des Jahres t bzw. zum 31. 12. des Jahres $t-1$ wird in einem nächsten Schritt nach dem Familienstand gegliedert. Dabei werden für die Gruppen ledig, verheiratet und verwitwet oder geschieden die Anteile verwendet, die sich zum 31. 12. des Jahres $t-1$ für die einzelnen Altersgruppen der deutschen weiblichen Wohnbevölkerung ergeben haben. Da die Familienstandsquoten bei den einzelnen Altersklassen der weiblichen deutschen Wohnbevölkerung in den letzten Jahren praktisch konstant waren, wird erwartet, daß die Familien-

⁴) Vgl. Charlotte Höhn, Wilfried Linke, Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 1990, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 12, 1975, S. 793–798; Charlotte Höhn, Wilfried Linke, Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 1990, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 6, 1976, S. 337–340.

⁵) Der Deutsche Bundestag, Bundestagsdrucksache 8/4437 vom 8. 8. 1980, Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, 1. Teil: Analyse der bisherigen Bevölkerungsentwicklung und Modellrechnungen zur künftigen Bevölkerungsentwicklung.

standsquoten bis zum Jahre 1990 unverändert bleiben. Soweit sich die Hypothese konstanter Quoten als falsch erweisen sollte, fallen die Ergebnisse für das weibliche Erwerbspersonenpotential – bei gegebenen Erwerbsquoten – aber nur insoweit deutlich anders aus, als die Erwerbsquoten der einzelnen Altersgruppen der weiblichen Wohnbevölkerung stark vom Familienstand abhängen.

Aus den jeweils zum 1. 1. eines Jahres prognostizierten Bevölkerungsbestandsdaten, die nach Altersgruppen (bei einer Klassenbreite von 5 Jahren), nach dem Geschlecht und – bei Frauen – nach dem Familienstand gegliedert sind, werden durch Mittelung aufeinanderfolgender Werte Bestandsdaten ermittelt, die sich auf die Jahresmitte beziehen und den Jahresdurchschnittswert angeben sollen⁶⁾.

C. Erwerbsneigung

1. Vorbemerkungen

Entsprechend den obigen begrifflichen Festlegungen geht es jetzt darum, die Entwicklung der Erwerbsquoten, des Verhältnisses der Erwerbspersonen zu der Wohnbevölkerung, aufzuzeigen, diese Entwicklung in ihren Grundzügen zu erklären und dann die künftigen Erwerbsquoten zu prognostizieren. Zuvor ist aber auf verschiedene statistisch-methodische Aspekte hinzuweisen, die die Vergleichbarkeit der Erwerbsquoten im Zeitablauf beeinträchtigen und bei der Erklärung und Prognose berücksichtigt werden müssen.

2. Anmerkungen zum Datenmaterial⁷⁾

Die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Ergebnisse für die Erwerbsquoten sind nur beschränkt vergleichbar. Wesentlich ist zum einen, daß die Ergebnisse bis 1971 grundsätzlich ohne Soldaten, die Ergebnisse ab 1972 einschließlich Soldaten nachgewiesen werden, zum anderen, daß vor 1972 Geburtsjahrgangsguppen als Altersgruppen betrachtet wurden (Alter = Beobachtungsjahr minus Geburtsjahr), daß aber ab 1972 die Zuordnung zu den Altersgruppen nach dem jeweils im Berichtszeitpunkt (eine Woche im April oder Mai eines Jahres) tatsächlich erreichten Alter erfolgt. Letzteres bedeutet, daß die in den Jahren ab 1972 in einer bestimmten Altersgruppe nachgewiesenen Personen im Durchschnitt um etwa 0,7 Jahre älter sind als gemäß den Erhebungen vor 1972⁸⁾. Die Erwerbsquoten in den unteren Altersgruppen sind daher höher, die in den oberen Gruppen niedriger als früher (bei dem gegebenen Verlauf der Erwerbsquoten in Abhängigkeit vom Alter). Die nach Geschlecht und Familienstand gegliederten Daten für die Erwerbsquoten werden erst ab 1972 zusätzlich simultan nach der Nationalität gegliedert, wobei Deutsche und

⁶⁾ Diese Vorgehensweise ist natürlich nur annäherungsweise korrekt.

⁷⁾ Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie A bzw. Fachserie 1, Bevölkerung und Kultur, Reihe 1.3, Erwerbstätigkeit, lfd. Jgge.

⁸⁾ Vgl. G r o h m a n n, Rentenversicherung und Bevölkerungsprognosen, a.a.O., S. 126.

Ausländer unterschieden werden. Amtliche lange Reihen für die einzelnen Gruppen der deutschen Bevölkerung liegen also nicht vor.

Es gibt aber Versuche, in etwa vergleichbare Erwerbsquoten für die einzelnen Personengruppen der deutschen Bevölkerung in den letzten zwanzig Jahren zu berechnen. Hier wird auf die Quoten für einzelne Gruppen der deutschen Bevölkerung zurückgegriffen, die Thon⁹⁾ unter Verwendung vielfältigen statistischen Datenmaterials berechnet hat. Sie sind nach der Altersjahrmethode ermittelt und damit für die Zwecke dieser Arbeit geeignet. „Durch die Anwendung der Altersjahrmethode wird das Durchschnittsalter für zeitraumbezogene Vorausschätzungen bzw. für einen Zeitpunkt im Jahresverlauf korrekter wiedergegeben; ohne Einfluß ist die Methode bei Berechnungen zum Jahresende bzw. Jahresanfang“¹⁰⁾.

Zu ergänzen bleibt, daß als Erwerbspersonen erfaßt werden „alle Personen mit Wohnsitz im Bundesgebiet, die eine unmittelbar oder mittelbar auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben pflegen, unabhängig von der Bedeutung des Ertrags dieser Tätigkeit für den Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf die von ihnen tatsächlich geleistete oder vertragsmäßig zu leistende Arbeitszeit“. Zu den Erwerbslosen und damit zu den Erwerbspersonen zählen damit insbesondere auch jene Erwerbslose, die nur eine Teilzeitbeschäftigung anstreben. Der Begriff „erwerbslos“ ist im Vergleich zum Begriff „arbeitslos“ einerseits umfassender, andererseits enger¹¹⁾. Im übrigen beziehen sich die Mikrozensusergebnisse auf eine Woche im April oder Mai eines Jahres, können also geringfügige Saisoneinflüsse enthalten und sind ferner mit – allerdings für nicht zu kleine Personengruppen geringen – Stichprobenfehlern behaftet.

Im Statistischen Bundesamt werden für interne Zwecke auch jahresdurchschnittliche Erwerbsquoten nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Alter und Familienstand der deutschen Bevölkerung berechnet¹²⁾. Basis dafür sind die aufgrund verschiedener Statistiken der Erwerbstätigkeit in Teilbereichen der Wirtschaft und der Beschäftigtenstatistik berechneten jahresdurchschnittlichen Erwerbspersonenzahlen und die Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung für einzelne Gruppen. Da diese Daten aber nicht veröffentlicht werden, lassen sie sich hier nicht verwenden.

⁹⁾ Vgl. Manfred Thon, Erstellung langer Reihen von Erwerbsquoten nach Altersgruppen aus dem Mikrozensus, in: Wolfgang Klauder, Gerhard Kühlewind, Hrsg., Probleme der Messung und Vorausschätzung des Frauenerwerbspotentials, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 56, Nürnberg 1981, S. 266–277.

¹⁰⁾ Vgl. Hans-Ludwig Mayer, Hubertus Wollny, Amtliches statistisches Grundlagenmaterial, a.a.O., S. 170.

¹¹⁾ Vgl. Mayer, Wollny, Amtliches statistisches Grundlagenmaterial, a.a.O., S. 168–169.

¹²⁾ Vgl. Mayer, Wollny, Amtliches statistisches Grundlagenmaterial, a.a.O., S. 169–170.

3. Erklärung und Prognose der Erwerbsquoten

„Erwerbsbereitschaft und Erwerbsgelegenheit hängen von vielen ökonomischen und sozialen Bedingungen ab, vor allem natürlich von den Anforderungen, die eine Erwerbstätigkeit stellt, und von den materiellen und immateriellen Vorteilen, die sie bringt“¹³). Neben der physischen Konstitution der betreffenden Bevölkerungsgruppe, neben institutionellen Gegebenheiten wie z. B. rechtlichen (etwa steuerrechtlichen) Regelungen und technischen Rahmenbedingungen spielen Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte eine wichtige Rolle¹⁴). Diese Überlegungen legen es nahe, eine Differenzierung der Bevölkerung nach dem Geschlecht, dem Alter und dem Familienstand vorzunehmen. Denn diese Merkmale spiegeln wohl den Einfluß vor allem der physischen Konstitution, aber auch bestimmter institutioneller Bedingungen, wie z. B. des Bildungssystems, auf die Höhe der Erwerbsquote wider. In der Tat zeigt sich deutlich eine Abhängigkeit der Erwerbsquoten von diesen Bestimmungsfaktoren. Das Niveau der Erwerbsquoten ist vom Geschlecht, vom Alter und – bei Frauen – vom Familienstand abhängig¹⁵).

Für viele Bevölkerungsgruppen sind damit aber bereits die relevanten Bestimmungsfaktoren der Erwerbsneigung (gemessen an der Erwerbsquote) genannt: Die Erwerbsquoten zeigen im Zeitablauf eine bemerkenswerte Konstanz. Dies gilt im großen und ganzen für Männer im Alter von 30 bis 55 Jahren und – jedenfalls für die letzten 10 Jahre – für die gleiche Altersgruppe bei Frauen, allerdings nicht für die verheirateten, verwitweten oder geschiedenen Frauen im Alter von 30 bis unter 50 Jahren. Praktisch konstant waren im Zeitablauf auch die Erwerbsquoten für die einzelnen Bevölkerungsgruppen im Alter von 25 bis unter 30 Jahre, allerdings nicht für die verheirateten Frauen. Für diese Gruppen wird auch für die Jahre bis 1990 eine Konstanz der Erwerbsquoten prognostiziert. Konkrete Zahlenansätze resultieren aus der Mittellung der Erwerbsquoten für die letzten – in der Regel fünf – Jahre.

Es zeigen sich bei gegebenem Geschlecht, Alter und Familienstand teilweise aber auch beträchtliche Änderungen der Erwerbsquoten im Zeitablauf¹⁶) (Tabelle 1). So sind Änderungen der Erwerbsquoten der „jungen“ Männer und Frauen zu erkennen, die mit strukturellen Wandlungen im Bildungswesen (z. B. längere Ausbildungszeiten) oder mit Änderungen in den Wehr- und Ersatzdienstregelungen einhergegangen sind. In den letzten Jahren hat sich aber bei „jungen“ Männern und Frauen (15 bis unter 25 Jahre) nach einer beträchtlichen Abnahme der Quoten vor allem wegen längerer Ausbildungszeiten eine Stabi-

¹³) Heinz Grohmann, Rentenversicherung und Bevölkerungsprognosen, a.a.O., S. 112.

¹⁴) Ebenda, S. 114.

¹⁵) Vgl. o. V., Erwerbstätigkeit im April 1980, Wirtschaft und Statistik, Heft 3, 1979, S. 183, und Heft 3, 1981, S. 179.

¹⁶) Ausführliche Überlegungen zu den Determinanten der Erwerbsquoten einzelner Bevölkerungsgruppen finden sich bei Grohmann, Rentenversicherung und Bevölkerungsprognosen, a.a.O., S. 127–143.

Tabelle 1: Erwerbsquoten ausgewählter Altersgruppen der deutschen Bevölkerung (vH)

Jahr	1960	1970	1980	1985	1990
Männer					
15 bis unter 20 Jahre	86,8	64,9	48,4	46,7	44,2
20 bis unter 25 Jahre	91,2	86,1	81,6	80,5	80,5
Frauen					
15 bis unter 20 Jahre					
ledig	85,4	63,4	41,0	40,2	39,0
verheiratet	65,4	60,0	61,5	61,0	61,0
verwitw./gesch.
20 bis unter 25 Jahre					
ledig	91,5	84,3	76,8	75,8	75,8
verheiratet	50,7	53,3	64,3	64,0	64,0
verwitw./gesch.	77,3	78,6	80,7	79,0	79,0

lisierung auf dem erreichten Niveau ergeben. Bei gegebenen Regelungen im Schul- und Ausbildungswesen ist zu erwarten, daß sich dieses Niveau bei den 15 bis unter 25 Jahre alten Männern und Frauen in den nächsten Jahren nur noch wenig verändert. Marginale Änderungen im Schul- und Ausbildungswesen dürften aber zu einer weiteren geringfügigen Abnahme der Erwerbsquoten führen; dabei dürfte die Abnahme der Quote bei den 15 bis unter 20 Jahre alten Personen größer sein (10. Schuljahr) als bei den 20 bis unter 25 Jahre alten Personen (Tabelle 1).

Für die 60 Jahre alten oder älteren Frauen und Männer wird eine weitere — allerdings im Vergleich zur Entwicklung von 1970 bis 1980 verlangsamte — Abnahme der Erwerbsquote prognostiziert (Tabelle 2). Bei den 60 bis unter 65 Jahre alten Männern hat die Einführung der flexiblen Altersgrenze ab 1. 1. 1973 zu einem deutlichen Rückgang der Erwerbsquote geführt. Dabei handelt es sich zum einen um die Ausnutzung der flexiblen Altersgrenze für Erwerbstätige und zum anderen um die Inanspruchnahme des vorgezogenen Altersruhegeldes für längerfristig Erwerbslose. Auch in Zukunft wird die Regelung der flexiblen Altersgrenze wohl in hohem Maße in Anspruch genommen werden. Freilich dürfte sich bei den Versicherten inzwischen eine bestimmte Verhaltensweise in bezug auf die Regelungen der flexiblen Altersgrenze herausgebildet haben, so daß die Erwerbsquote wohl deutlich abgeschwächt abnehmen wird. Dem wirkt entgegen, daß sich Schwerbehinderte dieser Altersgruppe seit 1980 unter bestimmten Voraussetzungen früher als bisher „verrenten“ lassen können. Für die 55 bis unter 60 Jahre alten Personen wird eine Stabilisierung der Erwerbsquoten auf dem in den letzten Jahren erreichten Niveau erwartet

Tabelle 2: Erwerbsquoten ausgewählter Bevölkerungsgruppen (vH)

Jahr	1960	1970	1980	1985	1990
Männer					
55 bis unter 60 Jahre	87,7	87,8	82,1	80,7	80,7
60 bis unter 65 Jahre	67,4	69,4	43,6	31,5	31,0
65 bis unter 70 Jahre	29,3	26,5	11,2	7,0	4,5
Frauen					
55 bis unter 60 Jahre					
ledig	68,8	75,1	77,1	77,0	77,0
verheiratet	24,7	29,3	31,5	31,8	31,8
verwitw./gesch.	30,4	36,8	44,5	45,5	45,5
60 bis unter 65 Jahre					
ledig	39,0	40,5	25,9	17,0	13,8
verheiratet	15,5	16,7	11,0	6,4	5,0
verwitw./gesch.	15,4	19,5	12,5	10,0	10,0
65 bis unter 70 Jahre					
ledig	20,5	18,3	10,3	7,5	5,0
verheiratet	11,8	9,2	4,3	3,6	3,0
verwitw./gesch.	9,4	8,2	4,4	3,6	3,0

(Tabelle 2), auch für die verheirateten Frauen, deren Erwerbsneigung freilich bis Mitte der siebziger Jahre gestiegen war.

Besondere Schwierigkeiten bereitet es, die kräftige Erhöhung der Erwerbsquoten verheirateter, verwitweter oder geschiedener Frauen in den „mittleren“ Altersgruppen zu erklären. Zunächst dürften durchaus ökonomische Faktoren, nämlich die finanzielle Attraktivität einer Erwerbstätigkeit, eine wichtige Rolle gespielt haben. Denn der Anstieg der Erwerbsquote der Frauen (ohne ledige Frauen) in den „mittleren“ Altersgruppen fiel gerade in die Zeit etwa bis Mitte der siebziger Jahre. Danach kam er zum Stillstand (verheiratete, verwitwete oder geschiedene Frauen im Alter von 45 Jahren oder mehr) oder setzte sich abgeschwächt fort (30 bis unter 35 Jahre alte verheiratete, verwitwete oder geschiedene Frauen); nur bei einigen Gruppen, den 35 bis unter 45 Jahre alten Frauen, nahm die Erwerbsquote in unverändertem Tempo zu.

Bei den verheirateten Frauen scheinen aber auch veränderte Verhaltensnormen von nicht unerheblicher Bedeutung für die Bereitschaft zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit gewesen zu sein. Nach Grohmann (a.a.O., S. 118) werden „solche Normen, die sicher nicht nur allgemein, sondern auch schichtenspezifisch vorhanden sind, ... durch Erziehung, Erfah-

nung, bewußte Beeinflussung seitens politischer und gesellschaftlicher Gruppen sowie autonome Medien geprägt“: Überkommene Normen und damit Verhaltensmuster wurden in den letzten Jahren relativ bereitwillig überwunden. Insbesondere haben sich nicht unabhängig vom zunehmenden Bildungsniveau in der Beurteilung der Rolle der Frau in der Gesellschaft veränderte Normen durchgesetzt. Es hat nachhaltige Veränderungen in den Wertvorstellungen und Verhaltensnormen hinsichtlich des „normalen“ Lebensablaufs einer verheirateten Frau gegeben (Grohmann, a.a.O., S. 139). Während eine Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen früher als „Last“ empfunden worden war, gilt sie heute häufig als der eigentliche Lebensinhalt auch einer verheirateten Frau.

Dennoch ist ein wichtiger Bestimmungsfaktor für die zunehmende Erwerbsneigung wohl durchaus ökonomischer Natur gewesen; die veränderten Wertvorstellungen und Verhaltensnormen sind wohl eher die Voraussetzung dafür gewesen, daß der Reallohnanstieg tatsächlich zusätzliches Arbeitsangebot hervorrufen konnte. Erleichtert wurde die Realisierung der Erwerbsabsicht wohl durch eine verbesserte Ausstattung mit modernen Haushaltsgeräten und dadurch kürzere Hausarbeit, ferner durch eine abnehmende Geburtenrate und durch ein zunehmendes Angebot an Möglichkeiten zur Vorschulerziehung von Kindern; letzteres hat das Nebeneinander von Berufstätigkeit und Mutterschaft begünstigt. Eine Rolle dürften auch die deutlich verstärkten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen gespielt haben (Arbeitsförderungsgesetz von 1969).

Insbesondere ein Einfluß geänderter arbeitsmarktpolitischer Regelungen scheint vorzuliegen. Der Anstieg der Erwerbsquoten war jedenfalls in vielen Altersgruppen besonders ausgeprägt in den Jahren nach dem Inkrafttreten des Arbeitsförderungsgesetzes Ende der 60er Jahre. Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes änderte sich die Aufgabenstellung der „Arbeitslosenversicherung“ grundlegend. Ausbildung, Fortbildung, Umschulung etc. wurden fundamentale Aufgabenbereiche der nun Bundesanstalt für Arbeit genannten arbeitsmarktpolitischen Institution. Der Anteil der Ausgaben der Bundesanstalt für Förderungsmaßnahmen an den gesamten Ausgaben der Bundesanstalt nahm in den frühen 70er Jahren drastisch zu, nahm dann wieder ab und verharrte im Verlauf der 70er Jahre auf einem deutlich höheren Niveau¹⁷⁾. Zu berücksichtigen ist dabei, daß die Relation der gesamten Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit zum nominalen Bruttosozialprodukt im Zeitablauf kräftig gestiegen ist.

Die These von der Relevanz finanzieller Aspekte scheint insgesamt eine gewisse Bestätigung gefunden zu haben. Ihr widerspricht nicht, daß bei anderen Personengruppen als den verheirateten Frauen nicht eine ähnlich starke Zunahme der Erwerbsquote festgestellt werden kann. Denn für diese Gruppen gilt mehr oder weniger ein ökonomischer Zwang

¹⁷⁾ Kurzfristig schwankt der Anteil der Ausgaben für Förderungsmaßnahmen mit dem gesamtwirtschaftlichen Auslastungsgrad.

zur Erwerbstätigkeit, während dies für verheiratete Frauen nicht – zumindest nicht in gleichem Maße – vermutet werden kann.

Nach all diesen Überlegungen ist eine gewisse Erklärung für die Entwicklung der Erwerbsneigung der verheirateten Frauen in der Vergangenheit gefunden. Eine Hypothese, die alle vermuteten Einflußfaktoren – auch in ihrer gegenseitigen Interdependenz – berücksichtigt, ist aber nicht formuliert worden und selbstverständlich nicht überprüft worden. Dies soll jetzt versucht werden; dabei sollte von vornherein klar sein, daß die folgenden Anmerkungen strengen wissenschaftstheoretisch begründeten Anforderungen kaum gerecht werden können.

Ausgangspunkt ist die Überlegung, daß Frauen – wie prinzipiell auch Männer – aufgrund von Wirtschaftlichkeitsüberlegungen entscheiden, ob und ggf. in welchem Maße sie erwerbstätig bzw. erwerbslos sein wollen. Je nach den individuellen Präferenzen zwischen Arbeitszeit und Freizeit und je nach dem Ertrag, den eine Stunde Arbeitszeit im Vergleich zur Freizeit erbringt, wird die Entscheidung für relativ mehr oder weniger Freizeit ausfallen. Während der Ertrag für eine Stunde Arbeitszeit an der Höhe des Reallohnsatzes gemessen werden kann, ist eine Messung des Nutzens aus Freizeit weniger leicht möglich; auch für die Erwerbstätigkeit gilt aber, daß nicht-pekuniäre Nutzen oder Kosten in das Kalkül einbezogen werden.

Diese Überlegung wird auf Entscheidungen im Zeitablauf übertragen. In einer folgenden Periode ist der Ertrag der Erwerbstätigkeit – in der Regel – größer als bisher; auch der Nutzen der Nichterwerbstätigkeit wird – in der Regel – höher sein, etwa aufgrund eines zunehmenden Angebots öffentlicher Güter oder vom Staat zum Nulltarif angebotener privater Güter. Bei einer bestimmten Struktur der Präferenzen und bei in gleichem Ausmaß attraktiver werdenden Möglichkeiten der Zeitaufteilung auf Erwerbstätigkeit und Freizeit wird sich die gewählte Aufteilung nicht ändern. Die Aufteilung wird sich aber – und zwar generell bei gegebenen Präferenzen – ändern, wenn etwa die Erwerbstätigkeit zunehmend attraktiver wird, weil *ceteris paribus* der Reallohn (als Ertragssatz für Erwerbstätigkeit) nachhaltig stärker steigt als bisher. Eine Realloohnerhöhung hat dabei einen Substitutionseffekt, der das Arbeitsangebot erhöht, und einen entgegengerichteten Einkommenseffekt. Zudem kann es zu Reaktionen des intertemporalen Arbeitsangebots kommen¹⁸⁾. Auch ist die verfügbare Zeit eines Individuums aufgrund institutioneller Regelungen nicht beliebig fein aufteilbar. Es können sich dann andere Anpassungen an veränderte Reallöhne ergeben als jene im Grundmodell, insbesondere ein weniger elastisches Arbeitsangebot. Auch sind bei bestimmter Art der Präferenzen „perverse“ Reaktionen des Arbeitsangebots ableitbar; so führt bei einem „target-oriented“ Arbeitsangebot ein höherer Reallohn,

¹⁸⁾ Verschiedene Varianten theoretischer Modelle zur Erklärung des Arbeitsangebots werden skizziert von Sheldon Danziger, Robert Haveman and Robert Plotnick, *How Income Transfer Programs Affect Work, Savings, and the Income Distribution: A Critical Review*, *Journal of Economic Literature*, Volume XIX, September 1981, S. 975–1028.

der das Ziel der Erwerbstätigkeit eher erreichen läßt, zu einem geringeren Angebot, es sei denn, das „target“, das Anspruchsniveau, erhöht sich im Verlauf des Prozesses¹⁹). Schließlich ist die Entscheidung über Erwerbstätigkeit im Haushaltszusammenhang zu sehen; es sind „cross-substitution effects involving other members' decisions“ (Rothschild, a.a.O., S. 260) zu berücksichtigen.

Für die hier betrachteten größeren Gruppen von Individuen wird aber dennoch postuliert, daß bei dauerhaft verändertem Tempo der Zunahme des Ertrags der Erwerbstätigkeit eine Änderung des Anteils derer zu erwarten ist, die erwerbstätig sein wollen. Es sind, sofern nicht durch das zusätzliche Arbeitsangebot durchschlagende Rückwirkungen auf den Lohnsatz und die Erwerbsneigung entstehen, zunehmende Erwerbsquoten zu erwarten, wenn der Reallohn beschleunigt steigt. Dies ist die Ausgangshypothese, die zu prüfen ist, von der aber bei dem begrenzten wissenschaftstheoretischen Anspruch zugelassen wird, daß es zu Abweichungen zwischen Realität und dem durch sie implizierten Ergebnis kommt; freilich müssen dann dafür gute Gründe angeführt werden können²⁰).

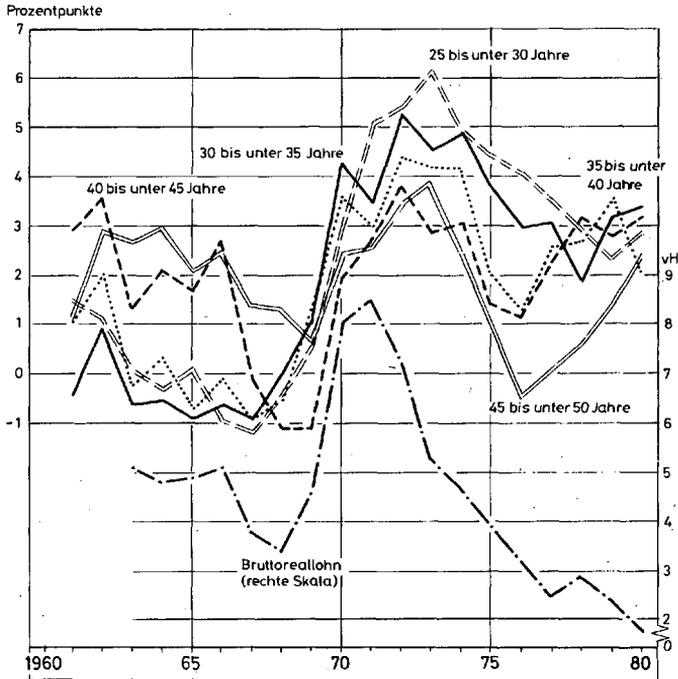
Die Hypothese über die Determinanten der Erwerbsquote verheirateter Frauen soll anhand gesamtwirtschaftlicher Daten für verschiedene Jahre überprüft werden. Dabei wird der Ertragsatz für Erwerbstätigkeit – in grober Annäherung – gemessen am „realen“ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je abhängig Beschäftigten; als Deflator wird der Preisindex für den privaten Verbrauch gewählt.

Der Anstieg des Bruttoreallohns ist von 1960 bis 1973 relativ gleichmäßig verlaufen; die jahresdurchschnittliche Zunahme betrug 5,5 vH. Im Zeitraum 1973 bis 1979 war die jahresdurchschnittliche Rate nur noch halb so groß. Um den Trend in den Variablen auszu-schalten, bietet es sich an, Differenzen der Variablen zu betrachten. Um der Überlegung Rechnung zu tragen, daß sich die vermuteten Einflüsse erst auf mittlere Sicht voll auswirken dürften, werden dritte Differenzen, d. h. $x_t - x_{t-3}$, aller Variablen betrachtet (Schau-bild 1). Die Hypothese eines Zusammenhangs kann demnach wohl nicht verworfen werden.

Nach den obigen Überlegungen wirken aber bestimmte Einflußfaktoren auf den Zusammen-hang zwischen Reallohnänderung und Änderung der Erwerbsneigung ein. Insbesondere könnten veränderte Wertschätzungen, Einstellungen und Normen bezüglich der Rolle der Frau in der Gesellschaft die Erwerbsneigung verheirateter Frauen beeinflußt haben. Dieser Einfluß läßt sich aber kaum messen. Am ehesten kommt wohl ein Indikator für die arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten als Indiz für die gemeinten psychologisch-soziologi-schen Variablen in Betracht; allerdings kann dieser Indikator wohl nur einen Ausschnitt

¹⁹) Vgl. hierzu K. W. Rothschild, A Note on Female Labour Supply, *Kyklos*, Volume 33, 1980, Fasc. 2, S. 246–260.

²⁰) Zu der – weicheren – wissenschaftstheoretischen Position vgl. Grohmann, *Statistik im Dienste von Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik*, a.a.O.



*Schaubild 1: Die Erwerbsquoten verheirateter Frauen in verschiedenen Altersklassen (Deutsche) und Reallohn
– Veränderung in einem Zeitraum von drei Jahren –*

dessen anzeigen, was eigentlich gemessen werden soll. Es bleibt daher wohl nur der Weg, den Beobachtungszeitraum in zwei Teilzeiträume aufzuspalten, nämlich in die Zeit der Dominanz überkommener Normen und Wertsetzungen und in die Zeit der Herrschaft der „neuen“ Normen und Wertsetzungen. Der Übergang wird dabei auf die Wende von den 60er Jahren in die 70er Jahre terminiert. Als sichtbaren Ausdruck der Veränderungen mag man dabei das Arbeitsförderungsgesetz betrachten.

Tatsächlich zeigen sich für die Erwerbsquotenänderungen der einzelnen Altersgruppen der verheirateten Frauen in Abhängigkeit von Reallohnänderungen deutliche Unterschiede zwischen den 60er und den 70er Jahren. Besonders deutlich ist dies für die verheirateten Frauen im Alter von 25 bis unter 40 Jahren (Schaubild 2). Die Jahre 1969, 1970 und 1971 erscheinen dabei als Jahre des Übergangs²¹⁾. Dieser empirische Befund besagt, daß in den 70er Jahren (bei veränderten Normen und Wertsetzungen) eine gegebene Reallohn-

²¹⁾ Die Festlegung der Übergangsjahre hängt freilich etwas von der Länge des Zeitraums ab, über den Änderungen der Erwerbsneigung und des Reallohns betrachtet werden. Hier beträgt dieser Zeitraum drei Jahre.

Anderung der
Erwerbsneigung
(Prozentpunkte)

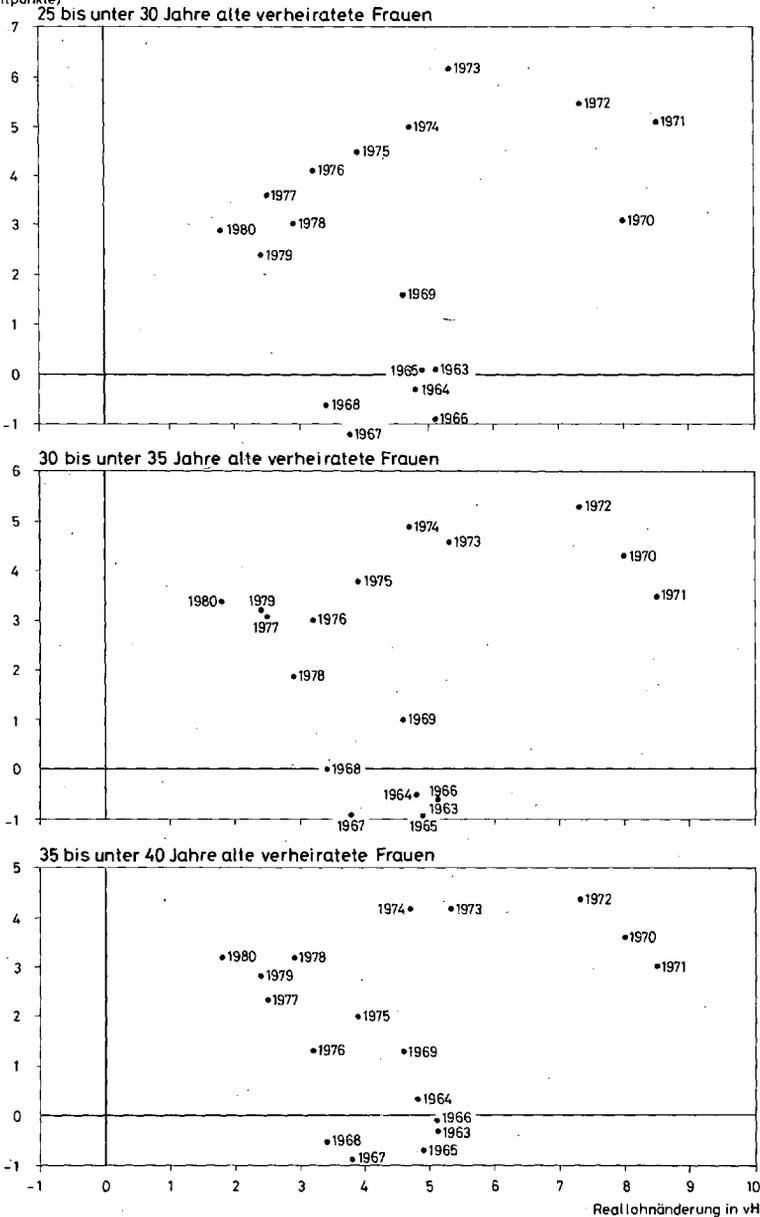


Schaubild 2: Reallohnänderung und Änderung der Erwerbsneigung
verheirateter Frauen verschiedener Altersklassen
— Streuungsdiagramme —

änderung eine größere Änderung der Erwerbsneigung verheirateter Frauen mittleren Alters hervorgerufen hat als in den 60er Jahren. Das Arbeitsangebot verheirateter Frauen ist „flexibler“ geworden.

Die Hypothese des Einflusses des Reallohns auf die Erwerbsquote verheirateter Frauen läßt sich auch regressionsanalytisch untersuchen. Dabei werden zwei Zeiträume unterschieden, die sich hinsichtlich der beschriebenen „Randbedingungen“ des Zusammenhangs zwischen Reallohn und Erwerbsneigung unterscheiden. Die Ergebnisse für die 70er Jahre sind in Tabelle 3 dargestellt. Die Ergebnisse für die 60er Jahre unterscheiden sich von diesen insbesondere dadurch, daß die absoluten Konstanten der Regressionsfunktion geringer ausfallen. Zusammen mit ähnlichen Koeffizienten für die Variable Reallohnänderung kennzeichnet dies die geringere „Flexibilität“ des Angebots zu jener Zeit.

Begreift man die Methoden der Regressionsrechnung – im Sinne der wissenschaftstheoretischen Position des Popperschen kritischen Rationalismus – als Mittel zur forschungsökonomisch effizienten Hypothesenformulierung, so sind die üblichen statistischen Prüfmaße von geringem Interesse, ein Signifikanztest z. B. wenig aussagekräftig; überprüft werden muß die Hypothese an „unabhängigen Beobachtungen“, also an Daten, die nicht bei

Tabelle 3: Ergebnisse regressionsanalytischer Untersuchungen^{a)} des Einflusses des Reallohns auf die Erwerbsneigung verheirateter Frauen in bestimmten Altersgruppen

Altersgruppe	Regressionskoeffizienten		Mittlere quadratische Abweichung der Residuen	Durbin-Watson-Koeffizient	Bestimmtheitsmaß
	b ₀	b ₁			
25 bis unter 30 Jahre	1,73 (2,98)	0,64 (4,49)	0,70	1,81	0,74
30 bis unter 35 Jahre	1,79 (3,19)	0,50 (3,70)	0,67	1,91	0,66
35 bis unter 40 Jahre	1,61 (2,13)	0,39 (2,10)	0,90	1,19	0,39
40 bis unter 45 Jahre	1,75 (2,34)	0,22 (1,23)	0,89	1,50	0,18
45 bis unter 50 Jahre	-0,46 (-0,45)	0,56 (2,28)	1,21	0,91	0,43

a) In die Berechnungen werden Daten für die Jahre 1972 bis 1980 einbezogen, und zwar die dritte Differenz der jeweiligen Erwerbsquote und die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate im Zeitraum t-3 bis t.

der Hypothesenformulierung verwendet worden sind. Eine solche Überprüfung kann etwa anhand von prognostizierten Daten für 1981 erfolgen. Denn ein Überprüfungsargument ist, was seine logische Struktur betrifft, ein Prognoseargument. Entsprechend sind dann die Resultate der Prognoseüberlegungen aufzufassen, die mit den tatsächlichen Erwerbsquoten des Jahres 1981²²⁾ zu vergleichen sind, um die postulierte Hypothese zu überprüfen, und zwar „unabhängig“ zu überprüfen im Sinne der Popperschen wissenschaftstheoretischen Position. Das Ergebnis fällt für alle Altersgruppen positiv aus. Die Abweichungen betragen nicht mehr als einen Prozentpunkt.

Dieses Ergebnis einer grundsätzlichen Reallohnabhängigkeit der Erwerbsneigung verheirateter Frauen relativiert die Vermutung Rothschilds²³⁾; auch spricht es eher gegen die Vermutung Durand-Drouhins²⁴⁾, nach der die Anpassung an veränderte Reallöhne durch wenig flexible Konsumnormen behindert wird.

Die überprüften Regressionszusammenhänge lassen sich für Prognosezwecke verwenden. Um die künftigen Erwerbsquoten prognostizieren zu können, ist es aber zunächst erforderlich, die Entwicklung der erklärenden Variablen abzuschätzen. Für den Reallohn wird ein nur geringer Anstieg in den Jahren bis 1990 erwartet. Der durchschnittliche Anstieg von 1980 bis 1990 wird mit 1,4 vH angesetzt; für die einzelnen Jahre werden die in Tabelle 4 dargestellten Werte prognostiziert²⁵⁾. Für die Erwerbsquoten der 30 bis unter 45 Jahre alten verheirateten Frauen in den Jahren 1982 bis 1990 resultiert daraus bei Verwendung der Regressionszusammenhänge gemäß Tabelle 3 ein Anstieg um 5 bis 7 Pro-

²²⁾ Vgl. o. V., Erwerbstätigkeit im Mai 1981, in: Statistisches Bundesamt, Hrsg., Wirtschaft und Statistik, Heft 3, 1982, S. 174–179.

²³⁾ "The change to smaller families reduces the proportion of women with smaller children and enables more of them to join the labour force or to switch from part-time to full-time work. The steady spread of emancipatory ideas reinforces this trend. These factors, whose weight is evidenced by the cross-sectional example in the appendix, are probably far more important in explaining the course of events than the absolute and relative movements of men's and women's wages which figure prominently in some of the 'neo-classical' models of female labour supply." Vgl. Rothschild, a.a.O., S. 256–257.

²⁴⁾ "Many economic studies, often inspired by theories of human capital have in recent years shown a positive correlation between the level of real wages and female participation in the labour force. What is less clear is whether the slow down of the progression of wage rates and real (family) income in recent years has had any limiting effect on the growing supply of female labour. It may well be that the trend towards a regular second income in the family has created such rigidities in consumption behaviour (especially with respect to housing) that female labour supply becomes increasingly less sensitive to the evolution of wage rates (at least as far as slower growth is concerned)." Vgl. Marianne Durand-Drouhin, Bestimmungsfaktoren der Frauenerwerbsbeteiligung im internationalen Vergleich, in: Wolfgang Klau der, Gerhard Kühlewind, Hrsg., Probleme der Messung und Vorausschätzung des Frauenerwerbspotentials, a.a.O., S. 179–205, hier: S. 188.

²⁵⁾ Diese Prognose kann hier nicht begründet werden. Zu Einzelheiten vgl. Alfred Boss und Norbert Walter, On the Economic Development in the Federal Republic of Germany in the 1980's – Outline for two Scenarios –, Kieler Arbeitspapiere, Nr. 134, Institut für Weltwirtschaft, Kiel, 1981.

Tabelle 4: *Bruttorealohn*

Jahr	Jahresdurchschnittliche Veränderung in einem Zeitraum von drei Jahren in vH
1981	0,8
1982	0,0
1983	-0,1
1984	1,1
1985	2,3
1986	2,0
1987	1,0
1988	1,0
1989	2,0
1990	2,7

Tabelle 5: *Erwerbsquoten verheirateter Frauen (Deutsche) in den mittleren Altersklassen (vH)*

Jahr	25 bis unter 30 Jahre	30 bis unter 35 Jahre	35 bis unter 40 Jahre	40 bis unter 45 Jahre	45 bis unter 50 Jahre
1980	55,1	50,6	50,2	50,0	47,0
1981	55,0	49,8	49,8	49,9	45,2
1982	55,2	51,1	50,2	51,1	45,5
1983	56,8	52,3	51,8	51,7	46,5
1984	57,5	52,2	51,9	51,9	45,4
1985	58,4	54,0	52,7	53,4	46,3
1986	57,8	55,1	54,2	53,9	47,2
1987	59,9	54,5	53,9	53,9	45,5
1988	60,8	56,3	54,7	55,4	46,4
1989	60,8	58,1	56,6	56,1	47,9
1990	63,3	57,6	56,5	56,2	46,6

zentpunkte; die Quoten dieser Gruppen dürften 1990 zwischen 56 und 58 vH betragen (Tabelle 5).

Diese Prognose überträgt in gewisser Weise die Rahmenbedingungen der siebziger Jahre in die achtziger Jahre. Dies erscheint plausibel, wenn man etwa die künftige Arbeitsmarktpolitik abzuschätzen versucht; die weitgehend sozialpolitisch motivierten Aktivitäten in diesem Bereich scheinen tendenziell abzunehmen, jedenfalls sind – schon wegen der Fi-

*Tabelle 6: Erwerbsquoten verwitweter oder geschiedener Frauen (Deutsche)
in ausgewählten Altersgruppen (vH)*

Altersgruppe	Jahr		
	1980	1985	1990
30 bis unter 35 Jahre	78,6	81,7	83,0
35 bis unter 40 Jahre	78,8	78,7	80,0
40 bis unter 45 Jahre	75,1	77,7	79,0
45 bis unter 50 Jahre	68,8	67,9	67,9

nanzprobleme – kaum zusätzliche Maßnahmen zu erwarten, die die Erwerbsneigung positiv beeinflussen. Es erscheint auch plausibel, wenn man etwa das generative Verhalten vorzuschätzen versucht. Unter diesem Aspekt erschiene eine deutlich andere Prognose sogar evtl. inkonsistent angesichts der zugrundegelegten Bevölkerungsprognose; denn diese unterstellt für 1976 und 1977 gegenüber 1975 etwas reduzierte Fruchtbarkeitsziffern und für die Jahre danach ein Verharren auf dem dann erreichten Niveau, nicht aber einen weiteren Rückgang der Fruchtbarkeitsziffern.

Die Erwerbsneigung der verwitweten oder geschiedenen Frauen im Alter von 30 bis unter 50 Jahren ist in den letzten 20 Jahren deutlich gestiegen. Für die nächsten Jahre wird für diese zahlenmäßig weniger bedeutsame Gruppe²⁶⁾ ein abgeschwächter Anstieg erwartet, für die 45 bis unter 50 Jahre alten Frauen sogar eine Stagnation auf dem durchschnittlichen Niveau der Jahre 1976 bis 1980 (Tabelle 6).

D. Arbeitskräftepotential als Resultante aus Bevölkerungsstrukturdaten und bevölkerungsgruppenspezifischen Erwerbsquoten

Als Produkt aus dem Bevölkerungsbestand in einer bestimmten Gruppe und der Erwerbsquote läßt sich der Bestand an potentiellen Erwerbspersonen in dieser Bevölkerungsgruppe errechnen²⁷⁾; um „zufällige“ Schwankungen der Erwerbsquoten auszuschalten, werden gleitende Mittelwerte verwendet (Dreier mit den Gewichten 1/4, 1/2 und 1/4; dies läuft auf die doppelte Anwendung eines ungewogenen Zweierdurchschnitts hinaus). Durch Aggregation erhält man Ergebnisse für das gesamte Erwerbspersonenpotential. Die wesent-

²⁶⁾ Am 31. 12. 1979 waren von den 30 bis unter 50 Jahre alten Frauen 7,7 vH verwitwet oder geschieden.

²⁷⁾ Die Erwerbsquoten beziehen sich auf Personengruppen, die im April oder Mai eines Jahres ein bestimmtes Alter erreicht haben, die Bevölkerungsdaten sind Durchschnitte aus Daten für Personen, die am 1. 1. des Jahres t ein bestimmtes Alter erreicht haben, und für Personen, die am 1. 1. des Jahres $t+1$ genau dieses Alter erreicht haben. Dennoch werden die Bevölkerungsbestandsdaten und die Erwerbsquoten miteinander verknüpft. Die Fehler dürften gering sein.

Tabelle 7: Erwerbspersonenpotential (Deutsche, Jahresdurchschnitt in 1000)

Jahr	Männer						Frauen						Männer und Frauen
	15 bis unter 30 J.	30 bis unter 55 J.	55 bis unter 60 J.	60 bis unter 65 J.	65 bis unter 70 J.	Insgesamt	15 bis unter 30 J.	30 bis unter 45 J.	45 bis unter 60 J.	60 bis unter 65 J.	65 bis unter 70 J.	Insgesamt	
1975	4343	9070	841	791	216	15261	3272	2994	2517	331	145	9259	24520
1976	4419	9020	925	664	190	15218	3351	3001	2534	282	133	9301	24519
1977	4493	9016	1031	534	173	15247	3418	3050	2554	231	120	9373	24620
1978	4594	9052	1113	422	156	15337	3498	3072	2563	187	111	9431	24768
1979	4683	9116	1152	366	143	15460	3579	3159	2582	164	103	9587	25047
1980	4729	9173	1156	375	129	15562	3626	3180	2597	168	95	9666	25228
1981	4782	9205	1151	402	107	15647	3671	3161	2581	172	85	9670	25317
1982	4853	9221	1162	423	85	15744	3739	3158	2581	171	74	9723	25467
1983	4920	9218	1211	432	67	15848	3806	3155	2603	174	62	9800	25648
1984	4974	9208	1277	420	57	15936	3864	3133	2635	176	54	9862	25798
1985	4997	9207	1326	407	54	15991	3893	3117	2680	171	51	9912	25903
1986	4998	9224	1349	404	56	16031	3897	3106	2717	161	54	9935	25966
1987	4970	9275	1346	409	57	16057	3888	3124	2718	152	58	9940	25997
1988	4907	9350	1316	426	57	16056	3850	3197	2718	144	61	9970	26026
1989	4814	9398	1302	449	54	16017	3787	3280	2721	139	61	9988	26005
1990	4700	9439	1275	468	51	15933	3707	3332	2697	134	60	9930	25863

lichen Ergebnisse für Umfang und Struktur des Erwerbspersonenpotentials sind in Tabelle 7 dargestellt.

E. Ausländische Arbeitskräfte im Inland

Es ist außerordentlich schwierig, das Angebot an ausländischen Arbeitskräften für eine offene Wirtschaft operational abzugrenzen. Hier wird – grob vereinfachend – das Angebot an ausländischen Arbeitskräften im Inland als jener Teil der Ausländer im Inland definiert, der erwerbstätig ist oder sich als erwerbslos meldet.

Die Erwerbsquote der männlichen Ausländer ist von 1972 bis 1980 von 76,3 vH auf 62,2 vH gesunken; dabei hat sich der Rückgang allmählich abgeschwächt²⁸⁾. Dies gilt – bei graduellen Unterschieden – für fast alle Altersklassen; in etwa konstant waren die Erwerbsquoten der 30 bis unter 55 Jahre alten männlichen Ausländer. Tendenziell läßt sich eine Angleichung der Erwerbsquoten an jene für die deutsche Bevölkerung feststellen.

Einen sich allmählich abflachenden Rückgang kann man auch für die Erwerbsquoten der weiblichen Ausländer insgesamt und in den meisten Altersgruppen feststellen. Auch bei einer Differenzierung der weiblichen Ausländer nach dem Familienstand ergibt sich ein ähnliches Bild. Anders als bei den deutschen Frauen hat die Erwerbsneigung verheirateter ausländischer Frauen der mittleren Altersgruppen – teilweise sogar deutlich – abgenommen.

Wegen der relativ geringen gruppenspezifischen Unterschiede in der Entwicklung der Erwerbsquoten wird das Potential an ausländischen Arbeitskräften errechnet, ohne daß nach dem Alter und dem Familienstand differenziert wird. Das Angebot an ausländischen Arbeitskräften im Inland ergibt sich demnach – bei Trennung nach Männern und Frauen – als Produkt aus Erwerbsquote²⁹⁾ und Bevölkerungsbestand.

Daten für die künftige Entwicklung der Ausländerzahlen hat Birg³⁰⁾ veröffentlicht. Sie basieren auf den Bestandsdaten zum 1. 1. 1980. Für die Zwecke dieser Arbeit werden die Bestandszahlen erhöht, um dem außerordentlich großen Zustrom von Ausländern in den Jahren 1980 und 1981 Rechnung zu tragen (Tabelle 8).

²⁸⁾ Vgl. Hans-Ludwig Mayer, Hubertus Wollny, Beitrag der amtlichen Statistik zur Messung und Vorausschätzung des Erwerbspersonenpotentials der Frauen, in: Wolfgang Klauder, Gerhard Kühlewind, Hrsg., Probleme der Messung und Vorausschätzung des Frauenerwerbspotentials, a.a.O., S. 232–265.

²⁹⁾ Die Erwerbsquote schließt zwar auch die Bevölkerung im Alter von 70 Jahren oder mehr ein; eine Bereinigung ergibt aber praktisch das gleiche Ergebnis und wird daher unterlassen.

³⁰⁾ Vgl. Herwig Birg, Simulationsrechnung zur Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland für Deutsche und Ausländer bis zum Jahre 2030, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht, 48. Jg., Berlin 1981, Nr. 24/81 vom 11. 6. 1981, S. 263–271.

Tabelle 8: Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland

Jahr	Wohnbevölkerung 1 000	Erwerbspersonen	
		1 000	vH der Wohnbevölkerung
1975	3 976	2 362	59,4
1976	3 877	2 211	57,0
1977	3 872	2 134	55,1
1978	3 949	2 134	54,0
1979	4 128	2 194	53,1
1980	4 410	2 317	52,5
1981	4 660	2 437	52,3
1982	4 806	2 488	51,8
1983	4 918	2 523	51,3
1984	5 030	2 559	50,9
1985	5 142	2 596	50,5
1986	5 255	2 629	50,0
1987	5 368	2 664	49,6
1988	5 480	2 698	49,2
1989	5 595	2 731	48,8
1990	5 714	2 764	48,4

Was die Erwerbsneigung der Ausländer betrifft, so wird erwartet, daß die Erwerbquoten für Ausländer bis zum Ende des Jahrzehnts weiter – allerdings nochmals verlangsamt – abnehmen werden. Für 1990 wird für Männer eine Quote von 60 vH, für Frauen eine Quote von 34 vH prognostiziert. Beide Quoten sind etwas höher als die gegenwärtigen Quoten für die deutsche Bevölkerung; es wird also keine vollständige Angleichung an die Erwerbsneigung der Inländer erwartet.

Das Angebot an ausländischen Arbeitskräften hatte – nach einem kräftigen Anstieg bis zur Mitte der 70er Jahre – bis 1977/78 abgenommen, 1981/82 aber wieder auf rd. 2,5 Mill. Personen zugenommen. Entscheidend dafür war der – wohl auch konjunkturbedingt – hohe Saldo aus Einwanderungen und Auswanderungen. In den nächsten Jahren dürfte sich das Angebot an ausländischen Arbeitskräften – bei weiterhin geltendem Anwerbestopp und teilweise schärferen Reglementierungen – etwas langsamer erhöhen. Die ausländische Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland wird zwar bis 1990 um rd. eine Million Personen auf 5,7 Mill. Personen zunehmen, die Zahl der potentiell Erwerbstätigen dürfte aber nur um knapp 0,3 Mill. auf knapp 2,8 Mill. Personen ansteigen.

Die bisherige Untersuchung für Ausländer und Deutsche läßt außer acht, daß es zu Einbürgerungen von Ausländern kommen wird. Bei gegebener Einbürgerungsquote würden 1990 aber etwa 200 000 Ausländer statistisch als Deutsche gezählt. Allerdings würde dies lediglich eine andere Aufteilung des gesamten Arbeitskräftepotentials auf einzelne Gruppen bedeuten. Anders wäre es, wenn Ausländer mit der Einbürgerung ihre Verhaltensweise hinsichtlich der Erwerbsneigung deutlich veränderten.

F. Zusammenfassung der Ergebnisse

Faßt man das in- und ausländische Arbeitskräfteangebot zusammen, so erhält man die in Tabelle 9 dargestellten Ergebnisse.

Tabelle 9: Das Erwerbpersonnenpotential (in 1000)

Jahr	Inländerkonzept			Inlandskonzept			
	Deutsche	Ausländer ^{a)}	Deutsche und Ausländer	Deutsche	Ausländer ^{a)}	Deutsche u. Ausländer 1000	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1975	24520	2362	26882	24385	2440	26825	.
1976	24519	2211	26730	24386	2289	26675	-150
1977	24620	2134	26754	24491	2212	26703	28
1978	24768	2134	26902	24641	2212	26853	150
1979	25047	2194	27241	24915	2272	27187	334
1980	25228	2317	27545	25096	2395	27491	304
1981	25317	2437	27754	25185	2515	27700	209
1982	25467	2488	27955	25335	2566	27901	201
1983	25648	2523	28171	25516	2601	28117	216
1984	25798	2559	28357	25666	2637	28303	186
1985	25903	2596	28499	25771	2674	28445	142
1986	25966	2629	28595	25834	2707	28541	96
1987	25997	2664	28661	25865	2742	28607	66
1988	26026	2698	28724	25894	2776	28670	63
1989	26005	2731	28736	25873	2809	28682	12
1990	25863	2764	28627	25731	2842	28573	-109

^{a)} Daten bis 1976 einschl. gemäß IAB; Daten ab 1977 gemäß eigener Berechnungen bzw. Prognose

III. Die Arbeitskräftenachfrage

A. Methodische Anmerkungen

Um die künftige Arbeitskräftenachfrage abzuschätzen, ist es erforderlich, Vorstellungen über die gesamtwirtschaftliche Produktion von Gütern (die realisierte Güternachfrage) und die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität zu gewinnen. Der Wert der Produktionsleistung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt zu konstanten Preisen, und die gesamtwirtschaftliche Produktivität sind dabei nicht als völlig unabhängig voneinander zu betrachten. Statistisch-methodisch wird die Arbeitskräftenachfrage freilich aus prognostizierten Bruttoinlandsproduktsdaten und aus prognostizierten Werten für die Arbeitsproduktivität abgeleitet. Zunächst muß die künftige Wirtschaftspolitik in etwa abgeschätzt werden, dann ist deren Einfluß auf wichtige gesamtwirtschaftliche Größen zu untersuchen und endlich müssen die Rückwirkungen etwa der Preisentwicklung oder der Arbeitsmarktsituation auf die Wirtschaftspolitik in die Analyse einbezogen werden.

B. Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

Die Geld- und Finanzpolitiker der westlichen Welt haben in den letzten Jahren lernen müssen, daß mit fortgesetzter Nachfragestimulierung ein hohes Beschäftigungsniveau nicht nachhaltig gesichert werden kann, sondern daß lediglich die Inflation angeheizt wird. Wegen der Ausweitung des Staatssektors in vielen Ländern und wegen der hohen Staatsdefizite gibt es Hemmnisse für eine Expansionspolitik auch insoweit, als man noch nicht zu dieser Einsicht gekommen ist. Insofern kommt es in Zukunft wohl nicht zu einer vollständigen Wiederholung jener Wirtschaftspolitik, die Konjunkturzyklen produziert oder verstärkt. Dennoch werden die politisch verantwortlichen Stellen wohl weiterhin weltweit eine relativ synchrone Stop-and-go-Politik betreiben, die ihr Handeln jeweils an dem am meisten verletzten Ziel der Wirtschaftspolitik ausrichtet, allerdings wird das Hin und Her in der Wirtschaftspolitik wohl etwas weniger ausgeprägt sein als in den 70er Jahren.

Für die nationale Wirtschaftspolitik³¹⁾ ist zu erwarten, daß die Deutsche Bundesbank wie in der Vergangenheit der Stabilität des Preisniveaus eine hohe Priorität einräumen wird. So wird die Bundesbank wohl insbesondere nicht zulassen, daß die Inflationsrate über einen längeren Zeitraum mehr als 5 vH betragen wird. Wenn hingegen die Inflationsrate gering ist und Wachstum und Beschäftigung gefährdet erscheinen, dürfte die Bundesbank wie in der Vergangenheit eine Politik der Nachfragestimulierung betreiben. Jüngstes Beispiel für diese Verhaltensweise sind die Lockerung der Geldpolitik im Sommer 1977 und die sich daran anschließende betont expansive Politik des Jahres 1978; die unbefriedigende Arbeitsmarktlage im Sommer 1977 und die kräftige DM-Aufwertung, deren konjunkturelle Wirkungen unerwünscht waren, hatten die Bundesbank zu dem geldpolitischen

³¹⁾ Vgl. Alfred Boss, Norbert Walter, On the Economic Development, a.a.O.

Kurswechsel veranlaßt. Die Bundesbank wird demnach auch in Zukunft nicht ein bestimmtes Geldmengenziel ohne Nebenbedingungen ansteuern. Es scheint vielmehr wahrscheinlicher, daß auch künftig Zins- und Wechselkursziele bei geldpolitischen Entscheidungen eine Rolle spielen werden³²⁾. Da diese Ziele nicht gleichzeitig erreicht werden können und die Ziele in unterschiedlichem Ausmaß verfehlt sein werden, dürfte die Geldmengenexpansion auch in den 80er Jahren kaum stetig sein. Politikbedingte konjunkturelle Schwankungen – wenn auch wohl etwas geringere – wird es also auch in Zukunft geben.

Für die Finanzpolitik wird erwartet, daß die negativen Wachstumswirkungen der zunehmenden Staatsdefizite und der immer größer werdenden Staatseingriffe in das Wirtschaftsgeschehen erkannt werden und daß sie ihren Kurs etwas korrigiert. Die staatlichen Ausgaben werden demnach in den nächsten Jahren nur relativ wenig steigen. Aufgrund der Änderungen in der Bevölkerungsstruktur sind sogar rückläufige Investitionen in den Bereichen Kindergärten, Schul- und Hochschulbau zu erwarten. Wahrscheinlich wird die leistungshemmende Steuer- und Sozialabgabenlast nicht mehr erhöht, sondern tendenziell etwas vermindert. Es wird wohl in relativ kurzen Zeitabständen – etwa von 2 Jahren – zu Steuerentlastungen kommen, mit denen die Progressionswirkung des Steuersystems kompensiert und damit – für sich betrachtet – die Steuerquote mittelfristig in etwa konstant gehalten wird. Auch wird erwartet, daß das Gewicht der direkten Steuern zugunsten der indirekten Steuern verringert wird mit positiven Wirkungen auf die privaten Investitionen. Schließlich wird es zu Eingriffen in die sog. Leistungsgesetze (Kindergeld, BAFöG, Wohngeld etc.) kommen, weil deren Finanzierung nicht mehr für möglich gehalten wird.

Wesentlich für die Einschätzung der mittelfristigen wirtschaftlichen Entwicklung ist die Erwartung, daß die Einsicht der Gewerkschaften in gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge zunimmt, vor allem die Einsicht in den inversen Zusammenhang zwischen Reallohniveau und Beschäftigungsgrad. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, aus demographischen Gründen drängen starke Gruppen in das Erwerbsleben (z. B. verheiratete Frauen), und der Staat wird in geringerem Ausmaß als in der Vergangenheit Arbeitskräfte absorbieren. All dies wird Druck auf die Lohnsätze ausüben und die Ertragslage der Unternehmen verbessern, freilich auch tendenziell den Arbeitsmarkt entlasten.

C. Ergebnisse für wichtige gesamtwirtschaftliche Eckdaten

Bei der skizzierten Wirtschaftspolitik und bei Verwendung einer Vielzahl empirisch überprüfter Zusammenhänge zwischen wichtigen gesamtwirtschaftlichen Größen wie z. B. Geldmenge, Preisniveau und Beschäftigung resultieren dann vor allem folgende Eckdaten (jahresdurchschnittliche Raten)³³⁾.

³²⁾ Vgl. Helmut Schlesinger, Die Geldmengenpolitik der Bundesbank, Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Januar 1983.

³³⁾ Vgl. Alfred Boss und Norbert Walter, On the Economic Development, a.a.O.

Zeitraum	1960–70	1970–80	1980–90
Inflationsrate	2,6	5,1	3,8
Veränderungsrate des realen Brutto sozialprodukts	4,6	2,8	2,0

D. Gesamtwirtschaftliche Produktivität

Von großer Bedeutung für die abzuleitenden Arbeitsmarktergebnisse sind die Erwartungen über die künftige Produktivitätsentwicklung, insbesondere die Erwartung, daß die Zunahme der Arbeitsproduktivität in den achtziger Jahren weiter abflachen wird. Zwar ist es wohl richtig, daß es „keine Methode (gibt), mit der man die längerfristige Produktivitätsentwicklung auch nur auf einen Prozentpunkt genau voraussagen könnte“³⁴). Trotzdem erscheint es dem Autor nützlich, die erwartete Entwicklung zahlenmäßig zu verdeutlichen.

Das Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen je Erwerbstätigen hat in den 60er Jahren um durchschnittlich 4,5 vH, in den 70er Jahren um rd. 3 vH zugenommen. Zu dem verlangsamten Produktivitätsanstieg haben viele Faktoren beigetragen³⁵). Von erheblicher Bedeutung war wohl die in den siebziger Jahren abgeschwächte Zunahme des Kapitalstocks³⁶). Dazu mag eine Verdrängung privater Investoren durch staatliche Kreditnachfrage (nicht nur für investive Zwecke) beigetragen haben. Auch dürfte die relative Energieverteuerung arbeitsintensive Produktionsprozesse begünstigt und den Kapitaleinsatz gebremst haben³⁷). Schließlich ist wohl die Inflation ein wichtiges Hemmnis für die Kapitalbildung gewesen. Zum einen hat sich wohl das Zusammenspiel von Inflation und nicht-indexiertem Steuersystem negativ ausgewirkt (Besteuerung von Scheingewinnen, Lähmung der Leistungsbereitschaft durch inflationsbedingt hohe marginale Steuersätze). Zum anderen haben stärkere Schwankungen der Inflationsrate bei höherem Niveau in den sieb-

³⁴) Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1980/81, Bundestagsdrucksache 9/17, Sachgebiet 700, 25. 11. 1980, Ziff. 294, S. 144.

³⁵) Vgl. hierzu Alfred Boss und Norbert Walter, Zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren, Kieler Arbeitspapiere, Nr. 126, Institut für Weltwirtschaft, Kiel 1981.

³⁶) Dabei mag die statistisch ausgewiesene Zunahme wegen der Energieverteuerung und ihrer Folgen sogar noch überzeichnet sein. In die gleiche Richtung wirken die zusätzlichen Investitionsaktivitäten für Zwecke des Umweltschutzes oder höhere Ausgaben der Unternehmen zur Vermeidung von Unfällen am Arbeitsplatz oder zur „Humanisierung des Arbeitslebens“; dies bedeutet freilich nur eine Abflachung in der Zunahme der Produktivität, wie sie üblicherweise gemessen wird, nicht aber oder nur in geringerem Maße einen verlangsamten Anstieg des Wohlstands in einem umfassenderen Sinne, als das Sozialprodukt zum Ausdruck bringen kann.

³⁷) Zur theoretischen Basis des Arguments vgl. John A. Tatom, Energy prices and capital formation, *Natural Resources Journal*, October 1978, S. 877–897.

ziger Jahren tendenziell die Unsicherheit über die künftige Inflationsrate vergrößert mit der Folge, daß die Investoren die Nettoerträge von potentiellen Investitionsobjekten als risikoreicher beurteilten und die Investitionsneigung beeinträchtigt wurde³⁸).

Zu der verlangsamten Zunahme der Arbeitsproduktivität in den siebziger Jahren haben neben der abgeschwächten Ausweitung des Kapitalstocks auch relativ geringe Aufwendungen für Forschung und Entwicklung beigetragen. „In den sechziger Jahren ist der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen am Bruttosozialprodukt laufend gestiegen. Das gilt sowohl für die Aufwendungen der Wirtschaft als auch für die Aufwendungen insgesamt... Das Jahr 1971 stellt einen Höhepunkt der Forschungsaktivitäten dar“³⁹). Der verlangsamte Anstieg der Forschungsintensität in den siebziger Jahren beruht u. a. darauf, „daß der Aufholprozeß gegenüber anderen Industrieländern wohl kaum noch eine Rolle gespielt hat. Insofern ist die Abflachung im Anstieg der Forschungsintensität auch als Rückkehr zu einem ‚normalen‘ Entwicklungspfad anzusehen. Ein ähnlicher Schub wie in den sechziger Jahren ist damit für die Zukunft kaum zu erwarten“⁴⁰).

Inwieweit zusätzliche staatliche Reglementierungen die Privaten zu Mehrarbeit gezwungen haben und damit den Produktivitätsanstieg behindert haben, ist kaum festzustellen. Gleiches gilt für qualitative Änderungen im Angebot von Arbeitskräften, etwa die in den siebziger Jahren zunehmende Eingliederung von Frauen in den Produktionsprozeß⁴¹).

Zwar ist Pessimismus hinsichtlich der künftigen Produktivitätsentwicklung nicht angebracht⁴²), vielmehr dürfte das Produktivitätspotential nach wie vor beträchtlich sein, aber es scheint eine abnehmende Bereitschaft vieler Menschen zu geben, technologische Veränderungen und ihre Auswirkungen zu akzeptieren. Auch werden viele der Faktoren, die für die siebziger Jahre von Einfluß waren, auch in Zukunft – mindestens noch in den nächsten Jahren – eine Rolle spielen. Dem stehen freilich auch positive Einflüsse gegenüber. So ist z. B. eine – freilich begrenzte – positive Wirkung auf die Kapitalbildung und die künftige Produktivitätsentwicklung wahrscheinlich, wenn die monetäre Expansion – wie erwartet – in den achtziger Jahren etwas weniger erratisch als in den siebziger Jahren verläuft und wenn daher das Niveau und die Variabilität der Inflationsrate geringer ausfallen und die Risikoprämie im Investitionskalkül der Investoren geringer wird. Insgesamt wird für die achtziger Jahre ein Produktivitätsanstieg um durchschnittlich knapp

³⁸) Vgl. John A. Tatom, The productivity problem, Review of the Federal Reserve Bank of St. Louis, Vol. 61, No. 9, September 1979, p. 8.

³⁹) Gerhard Fels, Klaus-Dieter Schmidt und Mitarbeiter, Die deutsche Wirtschaft im Strukturwandel, Kieler Studien, Nr. 166, Tübingen, S. 65–67.

⁴⁰) Ebenda, S. 67.

⁴¹) Vgl. hierzu Deutsche Bundesbank, Der Produktivitätsfortschritt in der Bundesrepublik und seine Bestimmungsfaktoren, Monatsbericht, Januar 1980, S. 11–17, hier: S. 14.

⁴²) Vgl. Klaus-Dieter Schmidt, Das Produktivitätspotential der deutschen Wirtschaft, in: Herbert Giersch, Hrsg., Die Weltwirtschaft, 1981, Heft 1, S. 56–73.

2 vH erwartet; dabei kommt es nach einer Rate von 1,5 vH in der ersten Hälfte des Jahrzehnts zu einer etwas günstigeren Entwicklung gegen Ende der 80er Jahre.

E. Bruttoinlandsprodukt und Erwerbstätigkeit

Tabelle 10 enthält Zahlenwerte für die erwartete Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in konstanten Preisen und der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität. Daraus resultieren die ebenfalls in Tabelle 10 dargestellten Veränderungsdaten für die Zahl der Erwerbstätigen.

Tabelle 10: Bruttoinlandsprodukt und Erwerbstätigkeit^{a,b,c)}

Jahr bzw. Zeitraum	Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen	Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen je Erwerbstätigen	Erwerbstätige im Inland	Nachrichtlich: Deflator für das Bruttoinlandsprodukt
– Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH –				
1980	1,8	0,8	1,0	4,4
1981	0,1	0,8	-0,7	4,2
1982	-1,0	0,8	-1,8	4,7
1983	0,8	2,2	-1,4	3,4
1984	2,6	2,0	0,6	2,8
1985	3,0	2,2	0,8	3,4
1986	2,6	2,0	0,6	4,0
1987	1,4	1,7	-0,3	3,9
1988	2,1	1,8	0,3	3,4
1989	3,4	2,3	1,1	3,0
1990	3,9	2,5	1,4	3,0
1960–1970	4,6	4,4	0,2	3,6
1970–1980	2,8	2,9	-0,1	5,2
1980–1990	1,9	1,8	0,1	3,6

a) Zu den Daten für 1980 bis 1982 vgl. Heinrich Lützel und Mitarbeiter, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1982, Wirtschaft und Statistik, Heft 3, 1983, S. 173–196.

b) Zu den Daten für 1983 vgl. Alfred Boss, Günter Flemig, Peter Trapp und Norbert Walter, Bundesrepublik Deutschland: Vorübergehende Besserung oder Beginn eines neuen Aufschwungs? Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 92, März 1983, S. 13–29.

c) Zu den Daten für 1984 bis 1990 vgl. Alfred Boss, Norbert Walter, Zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren, Kieler Arbeitspapiere, Nr. 169, Februar 1983.

Tabelle 11: Arbeitskräftepotential^{a)}, Erwerbstätige und Arbeitslose 1970 bis 1990

Jahr	Arbeitskräftepotential	Erwerbstätige	Arbeitslose	Stille Reserve ^{b)}
1970	26719	26560	149	10
1971	26916	26721	185	10
1972	26973	26661	246	66
1973	27077	26849	273	- 45
1974	26943	26497	582	-136
1975	26825	25746	1074	5
1976	26675	25530	1060	85
1977	26703	25490	1030	183
1978	26853	25644	993	216
1979	27187	25986	876	325
1980	27491	26251	889	351
1981	27700	26070	1272	358
1982	27901	25609	1833	459
1983	28117	25250	2330	537
1984	28303	25402	2340	561
1985	28445	25605	2272	568
1986	28541	25759	2240	542
1987	28607	25682	2363	562
1988	28670	25759	2340	571
1989	28682	26042	2112	528
1990	28573	26407	1726	440

a) Inlandskonzept: Daten für die Jahre 1970 bis 1974 gemäß IAB, Daten ab 1975 gemäß eigener Berechnungen.

b) Als Restgröße errechnet; daher nur grober Indikator für die „stille Reserve“.

IV. Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in den 80er Jahren

Die prognostizierte Entwicklung impliziert einen Anstieg der Erwerbsquote (Erwerbspersonen bezogen auf die Wohnbevölkerung) für die gesamte Bevölkerung um rd. zwei Prozentpunkte von 1980 bis 1990. Ein internationaler Vergleich zeigt, daß dieses Ergebnis durchaus nicht unplausibel ist; vielmehr würde – bei allen statistisch-methodischen Unterschieden von Land zu Land – im Jahre 1990 in etwa jenes Niveau der Erwerbsquote erreicht, das 1979 für die USA, Großbritannien und Japan ermittelt worden ist.

Die Perspektiven für den Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren sind insgesamt relativ düster. Bei dem für wahrscheinlich gehaltenen wirtschaftspolitischen Kurs und der für

begrenzt gehaltenen Bereitschaft der Tarifpartner, durch mäßige Realloohnerhöhungen der Beschäftigungssituation Rechnung zu tragen, dürfte die Arbeitskräftenachfrage – bei konjunkturellen Schwankungen – insgesamt nur wenig steigen. Wenn auch der vom Arbeitskräfteangebot ausgehende Druck auf die Reallöhne die Erwerbsneigung etwas verringern wird, so ist in den nächsten Jahren wegen des steigenden Arbeitskräfteangebots bei begrenzter Flexibilität des Reallohns eine noch höhere Arbeitslosigkeit als in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wahrscheinlich. Erst gegen Ende des Jahrzehnts dürfte die Arbeitslosenzahl wieder allmählich abnehmen (Tabelle 11). Die Arbeitslosenquote, gemessen an der Zahl der Arbeitslosen im Verhältnis zu den Erwerbsspersonen (einschl. Selbständige), wird im Durchschnitt der achtziger Jahre wohl 7,5 vH betragen.

Die prognostizierte ungünstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist nun in keiner Weise unabwendbar; Fatalismus gegenüber dem Arbeitslosenproblem ist überhaupt nicht angebracht. Vielmehr läßt sich das Problem nach Einschätzung des Autors – wenn auch nur mittelfristig – lösen. Allerdings setzt dies eine deutliche Umorientierung in der Wirtschaftspolitik und im Verhalten von Unternehmen und Gewerkschaften voraus. Auf eine Darstellung einer solchen marktwirtschaftlich orientierten Lösungsstrategie muß an dieser Stelle aber verzichtet werden.